

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstag,
Donnerstag und Sonnabend.

Beigangspreis vierjährlich 1,35 M., in Wilsdruff 1,30 M.,
durch die Post bezogen 1,54 M.

Geschäftsstelle Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

Insetate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis
spätestens 12 Uhr angenommen.

Insertionspreis 15 Pfg. pro vorgepeiltem Kommissions-
aufschall des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff 20 Pfg.
Zeitungsbücher und tabellarischer Satz mit 50 % Aufschlag.

Amtsblatt

für die kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das kgl. Amtsgericht und den Stadtrat in Wilsdruff.
sowie für das kgl. Forstamt zu Tharandt.

Kotablat für Wilsdruff,

Altzonneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burkhardswalde, Großschönau, Grumbach, Grumbach bei Mohorn, Hohndorf, Herzogswalde am Zschopau, Jauernick, Kauernick, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Lorenz, Mohorn, Mühl-Roitzschen, Nauzig, Neulichsen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Pohlendorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Rötsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Schneidewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seelitz, Spechthausen, Tannenberg, Unterdorf, Weitschopp, Wildberg.

Mit der wöchentlichen Beilage „Welt im Bild“ und der monatlichen Beilage „Unsere Heimat“.

Druk und Verlag von Arthur Schünke, Wilsdruff. Für die Redaktion verantwortlich: Arthur Schünke, Wilsdruff.

No. 8.

Dienstag, den 18. Januar 1910.

69. Jahrg.

Die auf Donnerstag, den 20. dieses Monats, anberaumte Sitzung des Bezirksausschusses findet nicht von 10 Uhr, sondern erst von 1/2 Uhr ab statt.

Meißen, am 15. Januar 1910.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Politische Rundschau.

Wilsdruff, den 17. Januar.

Deutsches Reich.

Zur Begrüßung des Großherzoglichen Paars beim Eintritt in Weimar am 22. Januar wird der Kaiser eintreffen.

Die Budgetkommission des Reichstags billigte einstimmig die Diamantopolit Ternburgs in Südwürttemberg.

Die Papierstut im Reichstage.

Naum ist der Reichstag wieder an die Arbeit gegangen, so wählt sich auch jeho wieder die übliche papierene Flut von Anträgen, Eingaben und Petitionen heran. Der Reichstag hat kaum zwei Dutzend Sitzungen hinter sich, und schon liegen etwa 500 Petitionen aus allen Bevölkerungskreisen vor. Man hat, so schreibt die „R. G.“, ancheinend unbegrenztes Vertrauen zu unserer Volksvertretung, da man oft die unmöglichsten Dinge von ihr fordert. Der übliche Verlauf der Parteien mit Interpellationen und Initiativansprüchen findet natürlich auch diesmal wieder statt. Im ganzen gingen neun Interpellationen ein, je zwei von den Freisinnigen, vom Zentrum und von den Sozialdemokraten, eine von den Nationalliberalen und eine von der gesamten bürgerlichen Linken. An Initiativansprüchen wurden nicht weniger als 110 zulage geordnet. Die meisten brachten die Nationalliberalen und die Sozialdemokraten ein, nämlich je 26. Dann folgten die Freisinnigen mit 15, die Konservativen und die Polen mit je 12, das Zentrum mit 8, die Wirtschaftliche Vereinigung mit 7, die Elsässer-Bohringer mit 3 und die Reichspartei mit einem. Viele davon bleiben wirklich nur auf dem Papier stehen, — aber so ein Antrag macht sich sehr schein den Wählern gegenüber.

Der Diskont der deutschen Reichsbank wird demnächst nach dem Bo. gange der Bank von England herabgesetzt werden, zunächst wahrscheinlich jedoch nur um 1/2 Prozent. Von Wichtigkeit für die Entscheidung ist der Ausweis der Bank vom 15. d. M. Zu Anfang dieser Woche zeigte der Status der Bank eine Verbesserung gegen das Vorjahr um drei Millionen Mark.

Eine Schutzmauer für die Insel Helgoland soll errichtet werden. Im Stat der Bauverwaltung wird dafür eine erste Rate von 250000 Mark gefordert. Die Kosten für die ganze zu schützende Küstenstrecke zwischen der Süd- und Nordspitze der Insel sollen von Preußen und dem Reiche nach Maßgabe der beiderseitigen Interessen je zur Hälfte getragen werden.

Die Einrichtung einer Luftschiffstation in Hamburg gesichert.

Die Errichtung einer Luftschiffstation in Hamburg ist gesichert, da die Verhandlungen erfolgreich waren. Für das Projekt sind bereits 500000 Mark verfügbar. Das Zeppelinluftschiff „Z. 5“ wird Anfang Juli nach Hamburg kommen und von hier aus regelmäßig Passagierfahrten, zunächst nach Berlin, später auch nach Kiel, Hannover, Bremen usw. unternehmen. „Z. 5“ vermag dreifig Passagiere aufzunehmen. Zunächst soll eine provisorische Luftschiffhalle erbaut werden.

Die Säfung unter den Bergarbeitern des Ruhrreviers

hat infolge der Herauszehrung von Hilfsarbeitern aus den östlichen Provinzen Preußens und aus dem Auslande seitens der Becherverwaltung eine bedenkliche Höhe erreicht. Die Arbeiter sammeln zu dem Fonds für einen Massenstreik. Man kann nur hoffen, daß auf beiden Seiten Besonnenheit und Mäßigung beobachtet werden, denn ein Generalstreik der Bergarbeiter im Augenblick des beginnenden wirtschaftlichen Aufschwungs wäre für unsere ganze Industrie ein harter Schlag.

Ausland.

Prinzessin Luise contra Baronin Vaughan.

Die erste Kammer des Pariser Appellationsgerichts batte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Berufung der Baronin Vaughan gegen den Schluß des Gerichts von Balincourt über Auseinandersetzung des Siegel im Schloß von Balincourt zu beschäftigen. Die Siegel wurden, wie erinnerlich, unmittelbar nach dem Tode Leopold II. auf Antroff der Prinzessin Luise angelegt, dann aber auf den Einspruch des Anwalts der Baronin Vaughan hier teilweise aufgehoben. In dem neuen Gerichtsbeschuß vom 23. Dezember waren alle Möbel und Gegenstände, die dem persönlichen Gebrauch der Baronin dienen, dieser zugewiesen worden. Für die Kunstgegenstände, die im Schloß unter der Obhut der Baronin bleibend sollten, wurde die Herstellung eines beschreibenden Inventars angeordnet. Und nur die persönlichen Dokumente und Wertpapiere sollten in Gegenwart des belgischen Königs geordnet und versiegelt werden. Gegen diese letzte Verfügung hatte der Anwalt der Baronin Vaughan Berufung eingereicht.

Der Vertreter der Baronin erklärt jetzt vor dem Pariser Appellationsgericht, daß die Ausführung dieses Beschlusses die Preisgabe aller intimen Geheimnisse der Baronin und endlose Prozesse zur Folge haben würde. Man beläuft meine Klientin auf Leben und Tod“ sagte der Anwalt wörtlich, „man legt überall, in allen französischen und belgischen Banken, bei allen Notaren die Hand auf alle Wertpapiere, die der Baronin gehören. Frau de Vaughan ist heute völlig gelnebelt. Nichts von allem, was sie in Belgien und Frankreich besitzt, ist ihr erreichbar.“ Zum Schluß betonte der Anwalt der Baronin, daß diese nur von der Prinzessin Luise verfolgt wird, daß die Prinzessinnen Stephanie und Clementine aus „Gründen der Würde“ darauf verzichtet haben, sich mit der Baronin über die Grenzen der dem verstorbenen König erlaubten Freigebigkeit hinzuzustreiten.

Der Vertreter der Prinzessin Luise machte dagegen geltend, daß Schloß von Balincourt ihre nicht, wies es von Seiten der Baronin geschieden sei, als deren Privat-eigentum bezeichnet werden. König Leopold habe das Schloß gekauft und dort monatelang mit der Baronin „wie in der Ehe“ zusammengewohnt. Außerdem sei ja seit dem 2. Januar allgemein bekannt, daß der König mit der Baronin kirchlich verheiratet war. Es sei daher nicht möglich, das Schloß für die Wohnung einer dritten Person“ auszugeben. Der Anwalt beantragte die lostin-tägliche Abweisung der Berufung und Zulassung der Prinzessin Luise zum Beweise durch Zeugen, daß „Madame Delacour, genannt Baronin de Vaughan“, vor ihrer Verbindung mit Leopold II. keinerlei Vermögen hatte, daß Kauf und Ausstattung des Schlosses von Balincourt nur durch die Freigebigkeit des Königs möglich waren, daß König Leopold endlich zu verschiedenen Zeiten des Jahres 1909 und besonders in den letzten Monaten vor seinem Tode in Balincourt mit der Baronin „maritalment“ zusammengewohnt hat. Im Laufe der nächsten Woche wird der Generalstaatsanwalt seine Anträge stellen.

Nach einer scheinbar offiziösen Meldung des „Figaro“ sind König Albert, die Gräfin von Flandern und die Prinzessinnen Stephanie und Clementine seit entschlossen die Regelung der Erbschaftsangelegenheiten ohne Prozeß durchzuführen. Am 17. Januar wird eine erste Verteilung von 12 Millionen Francs unter die drei Prinzessinnen stattfinden. In welcher Form der Anteil der Prinzessin Luise ausgezahlt wird, hängt von der Verhältnis zwischen dem Anwalt der Prinzessin und dem ihrer Gläubiger ab. Die von Leopold II. gegründete Altengesellschaft wird jedenfalls aufgelöst werden. Die Folge davon wäre der sofortige Verkauf der in Frage kommenden Immobilien, deren Wert von dem verstorbenen König viel zu hoch veranschlagt worden ist. Die Höhe des vom König hinterlassenen Gesamtvermögens konnte noch nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Die Summen, die Leopold II.

der Baronin Vaughan gegeben hat, betragen nach dieser Mitteilung sieben bis zehn Millionen Francs.

Königin Wilhelmine der Niederlande

hat, wie man aus dem Haag berichtet, das Schloß Zoo verlassen und bringt, wie alljährlich, die Wintermonate in der Hauptstadt ihres Landes zu. Dort fand vor einigen Tagen ein glänzender Hofball statt, an welchem die Königin teilnahm. Die Königin beteiligte sich indessen nicht am Tanzen und hielt auch nicht Gespräche, sondern sah ihren Gästen während des ganzen Abends in einem Lehnsessel sitzend zu. Man nimmt diese Tatsache allgemein für eine Bestätigung des bereits seit mehreren Wochen verbreiteten Gerüsts, daß die Königin sich von neuem in gesegneten Umständen befindet. Der Geburt eines zweiten Kindes der Königin würde man in dem ganzen Königreich mit nicht viel geringerer Spannung entgegensehen als der des ersten. Wenn, wenn dieses Kind ein Sohn ist, so wird es Kronprinz der Niederlande, und sein älteres Schwestern, die kleine, im vorigen Jahre geborene Kronprinzessin Julianne, verliert den Titel einer Kronprinzessin und das unmittelbare Recht auf die Thronfolge.

Englische Wahlen.

Am Freitag wurden drei Unionisten unbestanden, d. h. ohne Gegenkandidaten, gewählt, nämlich außer Chamberlain für Birmingham, Hills für Durham und Guiness für Bury-Saint-Edmund.

Deutscher Reichstag.

15. Sitzung vom 13. Januar.

Am Bundesrätsliste: Delbrück, Krämer, Lisco, Habenstein.

Die Beprüfung der Kattowitzer Beamteninterpellation wird fortgesetzt.

Abg. Schrader (frz. Bgg.) ergriff zuerst das Wort. Man mußte es erleben, daß der vereinigte Kreisinn durch Schrader der Regierung im Kampfe gegen das Slawentum in den Rücken fiel. Eine Bekennung alles tatsächlichen war es, wenn Schrader vor einem Verfassungsbruch weiterte. Schon das Bajabu im Zentrum, das Freudejazzen im roten Heerdaan hätte dem freiständigen Führer sagen müssen, daß er auf politischen Abwegen in seiner Beurteilung der Kattowitzer Vorgänge dahinwandte. Ihm folgte der Abg. Südkum (102), der für das geheime Wahlrecht propagierte. Staatssekretär

Delbrück widerlegte darauf verschiedene Anmerkungen Schraders und stellte den Kattowizer Fall als einen Akt der Notwehr der Regierung dar. Nach Delbrück sprachen noch die Abg. Kolbe (Reichsp.) und von Ziembowski (Pole), worauf sich später in dem Abg. Battmann einer zeigte, der auch von Bismarck sprach, aber Schrader und seinem Anhang zu wissen gab, daß der deutsche Reichschied ebenso wie die heutige Regierung, nur vielleicht geschickter, den slawischen Feind, der über Nacht kommt und Unkraut setzt, aufs Haupt geschlagen hätte. Battmann erinnerte die Freisinnigen an ihre Taten, die mit ihren lebhaften Worten hier im Reichstage so gar nicht im Einklang stehen. Abg. Dr. Doermann bezeichnete schließlich doch Gegreine und Geweine von den Polen und den ihnen Verbrüdernden als blutige Groteske, nicht wert all der Worte. Endlich schließt die Diskussion und die Interpellationen sind damit erledigt.

Um 5 1/2 Uhr beginnt die erste Sitzung der Strafgesetzesnovelle, welche der neue Mann des Reichsjustizamtes, Staatssekretär Dr. Lisco, einbrachte. Er schloß damit, daß sich höchstens das Haus in der Kommission darüber einigen könne, daß der materiellen Wahrheit in unserem Prozeßverfahren im verstärkten Maße zum Siege verholfen wird. Nach der Rede des Staatssekretärs wurde die Beratung um 6 Uhr vertagt.

16. Sitzung vom 14. Januar.

Am Bundesrätsliste: Staatssekretär des Reichsjustizamtes Dr. Lisco, preußischer Justizminister Dr. Befeler.